



«Müssen uns für die Energiezukunft rüsten»: Peter Flück (FDP).



«Gegner haben das Zwischenlager «verschlafen»»: Ueli Jost (SVP).



«Sicherheits-, nicht Stromlücke»: Franziska Schöni-Affolter (GLP).



«Lücken in «Informations-Zeitung»»: Nadine Masshardt (SP). FOTOS: SAT

«Ist die BKW für Bern noch tragbar?»

Grosser Rat Knapp drei Wochen vor der Abstimmung kommt es zu einer weiteren AKW-Debatte

VON SAMUEL THOMI

Zu entscheiden gab es gestern zwar nichts – und doch diskutierte der Grosse Rat nochmals fast einen Morgen lang übers aktuelle und das neue Atomkraftwerk in Mühleberg. «Praktisch täglich erfahren wir aus den Medien irgendwelche Neuigkeiten», kritisierte Christoph Grimm (Grüne). Der Burgdorfer ergänzte namens der Fraktion: «Das ist nicht nur schlecht für das Vertrauen in die BKW. Bei dieser Informationspolitik müssen wir uns ernsthaft fragen, ob das Unternehmen für den Kanton noch tragbar ist.»

Harte Kritik an der BKW kam auch von SP-Sprecherin Nadine Masshardt (Bern): «In der angeblichen «Informations-Zeitung», die in alle Haushalte verteilt wurde, steht nichts über die vierfache Leistung des neuen AKWs oder was es kostet. Die Betriebssicherheit wird auch nicht erwähnt; auch steht nichts zum neuen Zwischenlager für hoch radioaktive Abfälle.» In diese Richtung zielte auch die Kritik der Grünliberalen: «Wir haben keine Stromlücke, sondern Sicherheits- und Informationslücken», kommentierte Franziska Schöni-Affolter (Bremgarten). «In diesem Zirkus wollen wir nicht mitmachen und setzen daher

auf erneuerbare Energien und damit auf mehr regionale Wertschöpfung.»

Zu diesen Themen führe die EVP bereits einen eigenen «runden Tisch», kommentierte Marc Jost (Thun, vgl. Text unten). Die Fraktion sei zwar für ein AKW, die Parteibasis aber gegen Mühleberg II: «Investieren wir wieder in AKWs, haben wir an dessen Ende der Laufzeit wieder eine Stromlücke. Setzen wir daher also lieber bereits jetzt auf erneuerbare Energien.»

Wie nicht anders zu erwarten war, kamen aus dem bürgerlichen Lager gegenteilige Voten: «Mit der öffentlichen Auflehnung des Regierungsrates gegen den Grosse Rat wurde der Pfad der guten Zusammenarbeit verlassen»,

«Leider müssen gewisse Gesetzesanpassungen ins Auge gefasst werden.»

Samuel Leuenberger, BDP-Grossrat

kommentierte Samuel Leuenberger (BDP/Trubschachen). «Leider müssen nun gewisse Gesetzesanpassungen ins Auge gefasst werden», damit die Regierung dem Parlament als Volksvertretung künftige nicht mehr in den Rücken falle. Dem hielt Roland Näf (SP/Muri) entgegen, im Gegensatz zu ausländischen Systemen sei im Kanton auch die Regierung direkt vom Volk gewählt und habe also einen Auftrag.

■ FDP: «EINLADUNG ZUM RUNDEN TISCH»

Die einzige wirkliche Neuigkeit in der AKW-Debatte gestern im Grosse Rat war die Einladung von FDP-Präsident Peter Flück an alle Fraktionen, sich am 1. Februar zu einem **runden Tisch zur Energiepolitik** zu treffen. «Egal, wie die Abstimmung vom

13. Februar ausfällt, müssen wir uns für die Zukunft rüsten.» Der Brienzler hat bereits ein Mandat der BKW, zusammen mit der Grünen-Fraktionspräsidentin Christine Häsliger (Burglaenen) nach **neuen Ansätzen zur besseren Akzeptanz von neuen er-**

neuerbaren Energien im Oberland zu suchen (wir berichteten). Der Vorschlag am Schluss der hart umkämpften Debatte wurde positiv aufgenommen. Regierungsrätin Barbara Egger musste wegen einer Terminkollision jedoch bereits absagen. (SAT)

Gemeinden dürfen weiterhin nicht gratulieren

Grosser Rat Die bernischen Gemeinden dürfen Geburten, Geburtstage, Todesfälle oder Hochzeiten auch künftig nicht ohne Einverständnis der Betroffenen publizieren: So beschloss es gestern das Kantonsparlament und lehnte einen Vorstoss von Thomas Fuchs (SVP/Bern) mit 78 zu 50 Stimmen (3 Enthaltungen) ab. Fuchs argumentierte, solch «kleine Zeichen der Anerkennung» seien wichtig für das Zusammenleben – auf dem Land wie in der Stadt (az Langenthaler Tagblatt berichtete). Monika Gyga (BDP/Obersteckholz) hielt entgegen, seit der letzten Revision des kantonalen Zivilstandswesens vor über zehn Jahren stehe die Möglichkeit den Betroffenen nach wie vor offen, entsprechende Meldungen als Inserate aufzugeben. Überhaupt sei die Situation nicht so dramatisch wie vom Motionär geschildert, so Maria Iannino (Grüne/Hinterkappelen): «Das Buschtelefon in Gemeinden und Quartieren funktioniert. Dank freiwilligen Angeboten für Seniorinnen und Senioren ist auch ein soziales Netz sichergestellt.» (SAT)

Nachrichten

Grosser Rat Kanton gibt weiterhin IDs ab

Es bleibt dabei: Identitätskarten werden auch künftig in sieben kantonalen Zentren ausgestellt (eines davon in Langenthal). Die Forderung der neuen Oberländer SVP-Grossräte Thomas Knutti (Weissenburg) und Christoph Berger (Aeschi), IDs wieder bei den Gemeindeverwaltungen anzubieten, lehnte der Grosse Rat mit 87 zu 45 Stimmen (5 Enthaltungen) deutlich ab. «Es tönt, als müssten die Initiatoren ein Wahlversprechen einlösen», kommentierte Maria Iannino (Grüne/Hinterkappelen), hat der Grosse Rat das Thema doch schon öfters diskutiert und Dezentralisierungsanträge stets abgelehnt. «Offenbar haben andere Randregionen das Problem nicht mehr», so Polizeidirektor Hans-Jürg Käser. Zu Beginn der Umstellung sei zwar nicht alles rund gelaufen: «Wenn jetzt noch Probleme sind, bitte sofort bei mir melden.» (SAT)

Grosser Rat Drogen-Hanf rascher vernichten

Die Regierung muss sich um die rechtliche Grundlage zur raschen Vernichtung von Drogenhanf kümmern. Mit 70 zu 60 Stimmen überwies der Grosse Rat eine Motion von Sabina Geissbühler (SVP/Herrenschwanden). Die Polizei könne bei Hanfanbauflächen nicht einschreiten, sondern müsse erst den Nachweis erbringen, dass die Ernte als Drogen verkauft werden soll. Dann sei die Ernte meist bereits eingefahren oder «gestohlen». Polizeidirektor Hans-Jürg Käser zeigte sich offen, das Anliegen zu prüfen. Er wolle aber eine nationale Regel abwarten. Das Parlament dagegen wollte rasch ein Zeichen setzen. (SDA/SAT)

Sex-Salons Verbot für Teenie-Prostitution

Sex-Salons und Escort-Services sollen keine Minderjährige beschäftigen dürfen. Das beschloss der Grosse Rat mit 99 zu 1 auf Antrag Daniel Steiner-Brütch (EVP/Langenthal). Eine identische Formulierung steht aber schon im Entwurf des neuen Prostitutionsgesetzes. «Ein typischer Fall einer Leierlaufdiskussion», so Markus Meyer (SP/Roggwil), der Entscheid werde in den Gesetzgebungsprozess einfließen, so Polizeidirektor Hans-Jürg Käser. (SAT)

Türken sollten die Familienehre retten

Regionalgericht Bern Eine Türkin muss ins Gefängnis, weil sie Angehörige der Schwiegertochter aufforderte, die Familienehre wiederherzustellen.

Strafmildernd für die 66-Jährige fiel am Mittwoch vor dem Regionalgericht Bern ins Gewicht, dass die Angeklagte das Ziel des Ehrenmords nicht um jeden Preis verfolgte. Sie habe jedoch den Vater und die Brüder der Schwiegertochter unter grossen Druck gesetzt, indem sie brieflich und telefonisch aus der Schweiz auch an den Bürgermeister ihres Dorfes in Anatolien gelangte. Letztlich aber passierte nichts: Die heute 32-jährige Frau, die 2007 gegen ihre Schwiegermutter Anzeige erhob, konnte die Familie überzeugen, dass der ihr vorgeworfene liederliche Lebenswandel bis hin zur Prostitution nicht stimmte.

Das Verhältnis zwischen den Frauen war von Anfang an schlecht. Das jungverheiratete Paar lebte in Bern in unmittelbarer Nachbarschaft der Eltern des Mannes. Die junge Frau sagte vor Gericht, die Schwiegermutter

ter habe sich in alles eingemischt. Ihr Mann sei ein guter Mensch gewesen, aber schwach. Er konsumierte Drogen, litt an Schizophrenie und starb vor zweieinhalb Jahren.

Für den Gerichtspräsidenten ist erwiesen, dass die Angeklagte wusste, was sie mit ihren Interventionen auslösen konnte. Damit habe sie die Ermordung der ungeliebten Schwiegertochter zumindest in Kauf genommen. Er erkannte aber nur versuchte vorsätzliche Tötung, weil das Mordmerkmal der besonderen Skrupellosigkeit nicht er-

Sie hat die Ermordung der Schwiegertochter in Kauf genommen.

füllt sei. Den Straffrahmen für vorsätzliche Tötung, der auch beim Versuch gegeben ist, unterschritt er mit dem Urteil von 3,5 Jahren, weil die Frau das Ziel nicht mit letzter Konsequenz verfolgt habe. Der Staatsanwalt hatte eine Freiheitsstrafe von sechs Jahren gefordert, die Frau hatte auf Freispruch plädiert. Ein Weiterzug ist offen. (SDA)

10,24 Millionen für Stades de Bienne

Grosser Rat Das Seeland kann aufatmen: Zwar wurde der Baubeginn der Stades de Bienne wegen schwieriger Mietersuche an Weihnachten um mindestens ein Jahr verschoben (az Langenthaler Tagblatt berichtete). Doch seit gestern ist klar: Wird im Bötzingfeld dereinst gebaut, zahlt auch der Kanton Bern aus neue Eishockey- und Fussballstadion kräftig mit.

Der Kredit von 10,24 Millionen Franken aus dem kantonalen Sportfonds war gestern im Grundsatz unbestritten. Nachdem die Forderungen Biels einst mehr als doppelt so hoch waren, sich dann aber zeigte, dass die Stadt mit allen Tricks noch ein paar Millionen mehr abholen wollte, war die Bewilligung des Kredits gestern eigentlich nur noch Formsache.

«Nicht weniger als vier Mal wurde der Kredit neu berechnet.»

Hans-Jürg Käser, Regierungsrat

«Ein Sportfonds-Geschäft haben wir wohl noch nie so genau untersucht», kommentierte der zuständige Polizei- und Militärdirektor Hans-Jürg Käser (FDP). Es ist auch die höchste je gebrochene Summe: «Vier Mal wurde



Modell des Stadionprojekts. ZVG

der Kredit neu berechnet», sogar die Finanzkontrolle wurde beigezogen. Nun könne er aber sagen: «Dieses Projekt hat unseren Beitrag verdient.»

Kritik kam einzig von Patric Bhand (SP/Thun): «Es mutet komisch an, wenn man beim Kanton unberechtigt Geld beantragt, und wenn der «Schiss» auskommt, man immer noch so viel erhält, wie einem zusteht.» Seine «Straffaktion» – den Kredit um 2 Millionen zu kürzen – zog er dennoch zurück.

Ferner muss der Regierungsrat nun prüfen, wie Sport- und Lotteriefonds-gelder künftig nur noch an Projekte mit ökologischen Standards vergeben werden können. Ein entsprechendes Postulat von Bettina Keller (Grüne/Bern) hat der Grosse Rat gestern mit 80 zu 43 Stimmen überwiesen. (SAT)